

Relaunching corporatism?

Bericht über die 4. Heppenheimer Tage zur christlichen Gesellschaftsethik

In der Diskussion um die Ursachen und Folgen der im Jahr 2008 ausgebrochenen Bankenkrise taucht immer wieder ein programmatisches Stichwort auf, das in den vergangenen Jahren in der sozialwissenschaftlichen Debatte kaum noch anzutreffen war; und dieses Stichwort wird gegenwärtig vor allem dann bemüht, wenn es um die Frage geht, warum gerade das bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialmodell in der Lage war, die Auswirkungen dieser schweren Krisenphase verhältnismäßig erfolgreich zu bewältigen. Die Rede ist vom so genannten (Neo-)Korporatismus, der zurzeit in der Tat ein unerwartetes Revival zu erleben scheint.

Dies bot Anlass genug, die 4. ‚Heppenheimer Tage‘ an der Frage auszurichten, ob (neo-)korporatistische Arrangements, die in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte ja in besonderer Weise anzutreffen waren und sind, heute nach wie vor – oder vielleicht sogar mehr denn je – tragfähig und aussichtsreich sind, und zwar nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europapolitischer Ebene. Diese Themenstellung lag auch deshalb nahe, weil schon auf den bisherigen ‚Heppenheimer Tagen‘ – zur katholischen Kapitalismuskritik (2011), zum Sozialversicherungsstaat (2012) und zur Daseinsvorsorge (2013) – historische, empirische und normative Fragen korporatistischer Gesellschaftsstruktur, Politikorganisation und Konfliktregulierung einen durchgehenden Grundton der Diskussionen dieses Forums darstellten. Und dabei ist immer wieder deutlich geworden, dass der vielfach geschmähte, jedenfalls nicht als besonders charmant geltende (Neo-)Korporatismus problemsensitiver, leistungsfähiger, anpassungsstärker und allemal langlebiger sein könnte, als von vielen erwartet oder auch erwünscht.

Vor diesem Hintergrund hatte sich die Tagung zum Ziel gesetzt, historisch-systematische Vergewisserungen und aktuelle Sondierungen zu gegenwärtigen und zukünftigen Chancen einer *governance by corporatism* vorzunehmen. Zugleich sollte aber auch die Frage nach der

ethisch-moralischen Qualität korporatistischer Arrangements in einer demokratischen Gesellschaft thematisiert werden, denn während es eine Flut an normativer Literatur zur Legitimation staatlicher und marktlicher Steuerungsmedien (mit den ihnen zugehörigen Gerechtigkeitstheorien auf der Basis individueller Freiheit und Gleichheit) gibt, scheint es in Sozialethik und politischer Philosophie kaum Legitimationsliteratur zur Steuerungsform des Korporatismus zu geben. Stattdessen haftet diesem ein notorisch schlechter Ruf an, denn er wird regelmäßig mit Intransparenz, Demokratiedefiziten, Vermachtungsprozessen und unzulässiger Privilegierung ohnehin schon privilegierter (und besonders durchsetzungsfähiger) ‚starker Interessen‘ in Verbindung gebracht.

Es gab also einiges zu klären für die knapp 30 Teilnehmer (unter ihnen, nach einigen kurzfristigen Absagen, leider nur eine einzige Teilnehmerin), die sich am 9./10. Mai 2014 in Heppenheim versammelt hatten. Der interdisziplinär zusammengesetzte Kreis aus Politikwissenschaftlern, Theologen, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen stellte sich dem Korporatismus-Thema in fünf Panels.

Das erste Panel zur *Begriffs- und Theoriegeschichte der Korporatismus-Debatte* eröffnete der mittlerweile 86-jährige Politikwissenschaftler *Gerhard Lehbruch* (Universität Konstanz), der gemeinsam mit Philippe C. Schmitter (Stanford/Florenz) als Doyen der internationalen Neokorporatismus-Forschung gelten kann und seit den 1970er Jahren entscheidende Beiträge zu diesem Thema vorgelegt hat. Lehbruch erinnerte zunächst an die Neokorporatismus-Debatte der 1970er und frühen 1980er Jahre im Kontext der damaligen Politiken einer keynesianischen ‚Globalsteuerung‘, aber auch an den anschließenden Niedergang dieses Steuerungsmodells, nicht zuletzt „im Mainstream der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung“ der letzten beiden Jahrzehnte. Er betont jedoch, neuere Forschungen hätten ergeben, dass liberale Marktwirtschaften nicht generell effizienter seien als koordinierte. Jene böten zwar „günstigere Voraussetzungen für radikale Innovationen“, diese dagegen seien erfolgreicher im Blick auf „inkrementelle Innovationen“. Lehbruch schlägt als neue forschungsleitende Fragestellung deshalb „das Theorem der institutionellen Komplementaritäten“ vor, auf das in den weiteren Diskussionen immer wieder zurückgegriffen wurde. Der Korporatismus sei, so Lehbruchs Fazit, jedenfalls definitiv „nicht am Ende“; er müsse heute jedoch komplexe Anpassungsleistungen vollbringen, „um vor künftigen Herausforderungen zu bestehen“.

Ergänzt wurde Lehmbrechts Eröffnungsstatement durch einen lebhaften Vortrag des Lehmbrecht-Schülers *Roland Czada* (Universität Osnabrück), der zunächst auf einen nachhaltigen „Formwandel der Interessenvermittlung“ im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess der Bundesrepublik hinwies. In den seit den 1990er Jahren aufkommenden Experten-Kommissionen und Ethik-Räten – zuletzt etwa beim Beschluss zum Atomausstieg – gehe es jenseits der klassischen Konfliktlinie von Arbeit und Kapital zunehmend um postmaterialistische Wertediskurse, wobei diese Gremien in klassischer *top down*-Perspektive als regierungsamtlich implementierte Elitenveranstaltungen eingerichtet werden. In dieser ‚post-korporatistischen Verhandlungsdemokratie‘ säßen die großen Interessengruppen des klassischen Neokorporatismus, also Gewerkschaften und Unternehmerverbände, zumeist „nur noch am Katzentisch“. Klassische Verteilungskonflikte, in denen Gewerkschaften und Unternehmerverbände die gewichtigen Akteure waren, seien von Konflikten um Kultur und Lebensweise verdrängt worden; dieser Prozess sei mit einer Diversifizierung der Verbandsstruktur einhergegangen. Dennoch bestehe der alte Korporatismus daneben durchaus weiter; und er liefere nach wie vor gute Ergebnisse, nun allerdings weithin „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“. Für die Zukunft stelle sich die Frage, ob und wie sich in diesem Rahmen eine deutlich komplexer angelegte Konzeption koordiniert-korporativer Politikgestaltung konturieren lässt, die sich in deutlich höherem Maße als früher öffentlicher Transparenz und medialer Kontrolle stellen muss. Czada betonte zugleich, dass korporatistische Akteure aus staatlicher Sicht bis heute deshalb interessant seien, weil sie Führung und Gefolgschaft reklamieren könnten.

Im zweiten Panel ging es um einen ersten Einblick in die Empirie, und zwar am Beispiel eines klassischen, seit jeher korporatistisch formierten Politikfeldes: dem Feld der sozialen Dienstleistungen, in denen gerade die Kirchen als zentrale *player* des deutschen Sozialstaates lange Zeit eine herausragende Rolle spielten, während sie sich heute mit den seit den 1990er Jahren implementierten Vermarktlichungstendenzen auseinandersetzen müssen. Vor diesem Hintergrund gab zunächst der Politikwissenschaftler und Wohlfahrtsstaatsforscher *Josef Schmid* (Universität Tübingen) einen kompakten Überblick über Geschichte und Gegenwart der politischen Organisation sozialer Dienstleistungen. Er betonte, dass die Träger der Freien Wohlfahrtspflege seit den 1970er Jahren ein konstantes Wachstum ihres Dienstleistungsangebots erlebt hätten und auf diesem Feld nach wie vor deutlich stärker aufgestellt seien als staatliche

oder marktliche Akteure. Ob sich dies in den nächsten Jahren fundamental ändern werde, ob sich dieses gleichermaßen staats- wie marktfern organisierte Strukturmuster also bald als (zumindest im Blick auf die Zukunft) hoffnungslos anachronistisch zu erkennen geben werde, oder ob hier nicht nach wie vor ein tragfähiges Muster erfolgreicher *governance* zu studieren sei, lasse sich zurzeit noch nicht sicher absehen.

In seinem Koreferat betonte auch der evangelische Theologe *Johannes Eurich* (Universität Heidelberg), dass die korporatistische Einbindung der Freien Wohlfahrtspflege im Bereich des Gesundheitswesens und der sozialen Dienstleistungen als „ordnungspolitisch vorgesehene Mischform jenseits von Sozialmarkt und Sozialstaat“ in der Geschichte der frühen Bundesrepublik explizit gewollt war, als politisches Ziel heute jedoch aufgekündigt worden sei. Eurich zufolge hätten die kirchlichen Träger in den letzten Jahren aber gelernt, sich dem ihnen zugemuteten „Trend zum Sozialunternehmertum“ innovativ anzupassen, so dass er für eine Rückkehr zum klassischen Korporatismus auch bei ihnen keine Anknüpfungspunkte sieht. Vielmehr sei zu erwarten, dass sich die Freien Träger unter den veränderten Bedingungen durchaus erfolgreich behaupten könnten. Auch *Hejo Manderscheid* (Frankfurt/M.), Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Limburg und Vorsitzender der Hessen-Caritas, markierte in seinem Koreferat zentrale Etappen der keineswegs konfliktfrei verlaufenden Implementierung der ‚dualen Struktur‘ des deutschen Gesundheitswesens mit ihrer Privilegierung der Freien Träger, die seit den 1960er und 1970er Jahren nicht nur von Seiten der Kommunen, sondern durchaus auch von Seiten der Kirche vehemente Kritik erfuhr. Wie es auf diesem umstrittenen Feld weitergehen werde, sei noch – oder besser: wieder – offen. Der Trend des letzten Jahrzehnts jedenfalls, in dem die Politik eindimensional auf Marktlösungen setzte und die Kirchen mit ihren Sozialverbänden nur als Marktakteure wahrzunehmen gewillt war, könnte schon wieder vorbei sein. In jüngster Zeit häuften sich nämlich Bemühungen der Politik, in regelmäßigen *round table*-Gesprächen und ähnlichen Koordinationsformen mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammenzuarbeiten und diese stärker als zuvor an der politischen Planung zu beteiligen.

Ein zweiter Einblick in die Empirie erfolgte im dritten Panel, das sich der Frage widmete, inwiefern gerade korporatistische Strategien in der Lage waren, einen erfolgreichen Weg durch die jüngste Wirtschaftskrise einzuschlagen. Hier stellte zunächst *Werner Eichhorst*, Direktor für ‚Arbeitsmarktpolitik Europa‘ am Bonner Forschungsinstitut zur Zukunft

der Arbeit (IZA), ein aktuelles Arbeitspapier zu diesem Thema vor. Er betonte, dass das korporatistische Arrangement seit den frühen 1990er Jahren – nach dem Scheitern des ‚Bündnisses für Arbeit‘ und im Zuge der so genannten ‚Hartz-Reformen‘ – zwar erheblich geschwächt worden sei, sich gegenwärtig aber deutlich zu regenerieren vermocht habe; und in der Tat spreche einiges dafür, dass die Bundesrepublik gerade aufgrund dieser unerwarteten Korporatismus-Renaissance in der Lage gewesen sei, die Herausforderungen der Wirtschaftskrise von 2008 relativ erfolgreich zu bewältigen.

Die Korreferenten *Rudolf Speth* (Universität Kassel) und *Hagen Lesch*, Leiter des Kompetenzfeldes ‚Strukturwandel, Verteilung, Lohnfindung‘ am Institut der deutschen Wirtschaft (Köln), wollten sich dieser Diagnose nur partiell anschließen. Dem Politikwissenschaftler Speth zufolge hätten sich die Gewerkschaften nämlich „nicht wirklich regeneriert“; und auch wenn sich in der gegenwärtigen Krise des Neoliberalismus ein neues Interesse am Konzept der ‚Sozialpartnerschaft‘ entwickle, sei „die tendenzielle Auflösung der Akteure auf beiden Seiten“ unübersehbar. Auch der Wirtschaftswissenschaftler Lesch nimmt eine deutliche Schwächung institutioneller Komplementaritäten wahr und sieht wenig Anzeichen für einen neuen Aufschwung des ‚tripartistischen Korporatismus‘. Für ihn ist mittelfristig eine Politik der Förderung einer starken Tarifautonomie – nicht zuletzt auch im Blick auf deren Flexibilisierungspotentiale – allemal zukunftsfähiger.

Das vierte Panel beschäftigte sich mit den Phänomenen und Folgen der Entwicklung von organisierten zu desorganisierten Partnerschaften im Wohlfahrtsstaat. Der Soziologe *Ingo Bode* (Universität Kassel) schlug vor, den bundesrepublikanischen Wohlfahrtskapitalismus zu einem Programm ‚institutioneller Komplementaritäten 2.0‘ auszubauen. Der organisierte Wohlfahrtskapitalismus sei – so könne man gewissermaßen ‚sozialromantisch‘ anführen – geprägt gewesen von trägerübergreifender Koordination, hohem Vertrauen in nicht-staatliche Akteure, geringer öffentlicher Kommunikation und dem Leitbild einer unverbrüchlichen ‚Schicksalsgemeinschaft‘ von Kostenträgern und Leistungserbringern. Heute hätten jedoch vermarktlichte Formen der Koordination, gepaart mit einer zivilgesellschaftlichen *stakeholder*-Mentalität, die bisherigen sozialpolitischen *claims* und *commitments* aufgeweicht. Aus Kooperations- seien nun Geschäftsbeziehungen geworden. Nichtsdestotrotz würden korporatistische Arrangements jedoch „eine erstaunliche Persistenz“ an den Tag legen und die Vermarktlichungstendenzen – trotz

übernommener marktrhetorischer Anleihen – erheblich abbremsten. Der Korporatismus lebe also durchaus weiter, allerdings nur noch in einer „porös und unsicher gewordenen Form“.

Der evangelische Sozialethiker *Torsten Meireis* (Universität Bern) erinnerte in seinem Koreferat zuerst an die Entwicklungen in der Schweiz, wo sich die Diakonie mit der Einführung quasimarktlischer Verhältnisse selbst aufgelöst habe – „in der Überzeugung, es brauche keine Verbände mehr“. Dennoch beharrt er auf den Chancen und Notwendigkeiten eines „normativ akzeptablen Neokorporatismus“ für die Lösung alter und neuer Fragen der Sozialpolitik, denn spätestens seit Hegels Rechtsphilosophie habe sich die Einsicht durchgesetzt, dass es hier spezifischer Politikarrangements zwischen Familie, Markt und Staat bedürfe. Allerdings sei bis heute keineswegs klar, was man genau unter Korporatismus verstehen könne und solle. Diese Debatte sei folglich neu zu eröffnen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die jüngeren, oft mit hoher Emphase aufgeladenen Konzepte der Zivilgesellschaft mittlerweile ebenfalls in eine Krise geraten seien. Vor diesem Hintergrund schlug der katholische Sozialethiker *Matthias Möhring-Hesse* (Universität Tübingen) in seinem Koreferat vor, drei verschiedene Korporatismuskonzepte zu unterscheiden: Korporatismus als Modell staatlicher Steuerung, als Fokussierung auf Verbände in einem zivilgesellschaftlichen Rahmen und als rechtlich-institutionelles Arrangement der Tarifautonomie. Ein „guter, demokratischer Korporatismus“ brauche jedenfalls, anders als in einem reinen Verbändemodell, „eine öffentliche Mandatierung“. Zudem seien – gegenläufig oder auch parallel zu den Tendenzen einer Quasivermarktlichung des Wohlfahrtssektors – in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren starke Etatisierungsbestrebungen zu beobachten, die man als „einen Trend zur Staatsunmittelbarkeit“ bezeichnen könne. Vor diesem Hintergrund sei es heute wichtiger denn je, „vom Korporatismus der Hinterzimmer“ zu einer politisch transparent gestalteten, demokratisch-deliberativen Form der Einflussnahme auf nichtstaatliche Dienstleistungserbringer zu kommen. Denn während der Kundenbegriff die Zerstörung des Bürgerverständnisses vorantreibe, drohten die Plausibilitäten des Marktes zivilgesellschaftliche Solidarität und Verständigung zu vernichten. Das Konzept eines ‚demokratischen Korporatismus‘ könne dagegen einem Mehr an verantworteter Organisation in der Orchestrierung (auch) des Wohlfahrtsmarktes Bahn brechen.

Im fünften Panel zur Theorie und Praxis korporatistischer Politikmodelle im Kontext und auf der Ebene der Europäischen Union betonte der

Europarechtler *Claudio Franzius* (Hamburg/Berlin) zunächst, dass der nationale „klassenkorporatistische Tripartismus von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften“ hier eine spezifische Transformation erlebe, da es den entsprechend verfassten Staaten nun vor allem um „gemeinsame Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Mitgliedstaaten“ gehe. Für die eher pluralistisch als korporatistisch verfasste EU könne der Neokorporatismus der 1970er Jahre deshalb kein normatives Leitbild abgeben, zumal es den sich gegenwärtig auch auf europäischer Ebene formierenden Gewerkschaften hier an einem verlässlichen Verhandlungspartner fehle. Die Arbeitgeberverbände favorisierten auf europäischer Ebene nämlich „eher unverbindliche Rahmenabkommen“; dies korrespondiere mit dem „eher punktuellen Lobbyismus von Einzelunternehmen“, wie er bis heute vorherrsche. Dennoch entstünden in den letzten Jahren verstärkt kooperativ-assoziative Verfahrensformen der Politikgestaltung – etwa der so genannte ‚Soziale Dialog‘ (vgl. Art. 154f. AEUV) oder der ‚Europäische Wirtschaftsausschuss‘, der sich explizit um Verständigungsprozesse mit den Vertretern der europäischen Zivilgesellschaft bemühe –, so dass sich hier durchaus das Leitbild einer ‚assoziativen Demokratie‘ im Sinne horizontaler Interaktions- und Anerkennungsprozesse anbiete.

In seinem Koreferat fragte – ähnlich wie Franzius – auch der Jurist *Florian Rödl* (Universität Frankfurt/M.) vor allem nach den Chancen und Perspektiven einer europäischen Politik der kollektiven Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeit und Kapital, die hier nur in den Formen einer institutionalisierten „Konsensbeschaffung durch Dialog und Expertise unter Beteiligung der Zivilgesellschaft“ gelingen könne. Allerdings werde diese durch das systematische „Fehlen transnationaler Klassenkonflikte“ auf dieser Ebene erheblich erschwert. Statt hier europapolitisch voranzukommen, seien im Rahmen der Bankenkrise jedoch u. a. die Tarifvertragssysteme in Spanien, Portugal, Italien und Griechenland „demoliert“ worden. Eine transnationale Lohnkoordinierung sei gegenwärtig jedenfalls in weite Ferne gerückt; und auch der ‚Soziale Dialog‘ sei „heute so gut wie tot“. Ursächlich dafür sei vor allem „mangelndes Interesse der Arbeitgeber an kollektiven arbeitsrechtlichen Regelungen“, aber auch eine diesbezüglich indifferente Europapolitik vieler Einzelstaaten. Und nicht zuletzt sei auch fraglich, ob und inwiefern die nationalen Gewerkschaften eine solche Politik kollektiver europäischer Arbeitsbeziehungen wirklich mit dem nötigen Nachdruck unterstützen und forcieren.

In der abschließenden Auswertungsrunde, die *Friedhelm Hengsbach SJ* (Ludwigshafen) mit historisch-systematischen Einordnungen und

Enttäuschung zum Ausdruck bringenden Einschätzungen zur gegenwärtigen Leistungskraft sozialstaatlich-kooperativer Politikformen auf europäischer Ebene einleitete, waren sich die Teilnehmer einig, dass ein *relaunching* neokorporatistischer Politikmodelle zurzeit nicht nur national, sondern auch international ernsthaft diskutiert werden sollte. Aktuelle politische Entwicklungen und die sie begleitenden Debattenlagen in den Sozialwissenschaften deuten jedenfalls nicht zufällig in diese Richtung. Allerdings wird ein solcher ‚Neustart‘ wirklich zu neuen Ufern aufbrechen müssen, da die Orientierungskraft bisheriger neokorporatistischer Arrangements für die Herausforderungen der Gegenwart ziemlich erschöpft sein dürfte. Eine komplexer angelegte und von vornherein auf die europäische Gesamtebene zugeschnittene Form kooperativ-koordinierter Politikgestaltung könnte aber, sofern der entsprechende politische Wille organisiert werden könnte, die Leitperspektive eines ‚sozialen Europa‘ werden, das sich gerade als solches in einer globalisierten Weltwirtschaft in spezifischer Weise behaupten und profilieren könnte.

Die 5. *Heppenheimer Tage zur christlichen Gesellschaftsethik* werden am 29./30.05.2015 stattfinden und sich in nationaler wie globaler Perspektive mit dem Thema ‚Eigentum an Grund und Boden‘ beschäftigen.

Über die Autoren

Hermann-Josef Große Kracht, Dr. phil., theol. habil., außerplanmäßiger Professor am Institut für Theologie und Sozialethik (iths) der Technischen Universität Darmstadt.

Jonas Hagedorn, Dipl.-Theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Theologie und Sozialethik (iths) der Technischen Universität Darmstadt.